

chung von Vorhaben kommen müssen, wobei aber der Aufgabenvollzug nicht beeinträchtigt werden dürfe und solle. An einem Beispiel aus dem Bereich Polizeivollzugsdienst wurde klargemacht, dies bedeute eine Rückstellung der Anschaffung neuer und die weitere Verwendung der alten Unfallaufnahmegeräte.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Horst Hein, verwies auf die besondere Situation der Fachhochschule in Gelsenkirchen, die als im Aufbau begriffene Behörde besonders von den Sparmaßnahmen betroffen werde. Angesichts der gestiegenen Zahl der Auszubildenden könne man eigentlich kaum die Zahl der Unterrichtenden auf den jetzigen Stand einfrieren. Die Effizienz der Hochschule, so Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD), wäre wohl größer bei einem Mehr an hauptamtlichen Unterrichtskräften, aber auch hier sei durch die allgemeine Haushaltslage eine Schranke gegeben.

Rolf Klein (CDU) forderte bei der Diskussion um den Abbau von Stellen, zuerst die Aufgaben neu festzulegen. Erst eine Aufgabenreduzierung bedingt die Möglichkeit, im Personalbereich einzusparen. Sein Fraktionskollege Klaus Evertz hielt die Einbeziehung des Polizeivollzugsdienstes in ein Verbot der Nachschlüsselung der Ämter für bedenklich. Eine Ausnahme in Form einer eventuellen Teilschlüsselung für die Polizei ist aber, so der Innenminister, nicht denkbar. Evertz wollte auch wissen, inwieweit eine Haushaltsfortschreibung hinsichtlich begonnener Baumaßnahmen vorgenommen wird. Hierzu wurde ausgeführt, daß sämtliche Objekte immer wieder im Hinblick auf ihre Notwendigkeit und angesichts des Sparzwangs geprüft würden. Horst Hein nahm Anstoß an der unterschiedlichen Besoldung der Präsidenten verschiedener Behörden.

## Kulturausschuß: CDU beteiligte sich nicht an der Diskussion

Der Kulturausschuß unter Vorsitz von Dr. Albrecht Beckel (CDU) führte die Einzelberatungen zum Kulturhaushalt für 1982 in seiner Sitzung am 28. Oktober ohne aktive Beteiligung der CDU-Fraktion durch. Abgeordneter Dietmar Katzy (CDU) beantragte im Ausschuß als Sprecher seiner Fraktion die Aussetzung der Haushaltsberatungen, bis dem Landtag die in Anbetracht der erwarteten Finanzierungslücken für unerlässlich gehaltene Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1982 vorliege. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Eugen Gerritz, erklärte, daß vor diesem Hintergrund die Haushaltsberatungen zwar mit Schwierigkeiten verbunden seien, sah jedoch kein Erfordernis, diese auszusetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Die CDU-Fraktion weigerte sich daraufhin, sich an der anschließenden Diskussion zu den einzelnen Etatansätzen zu beteiligen.

Wegen einer sitzungsfreien Woche erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ erst wieder am 16. November 1981.

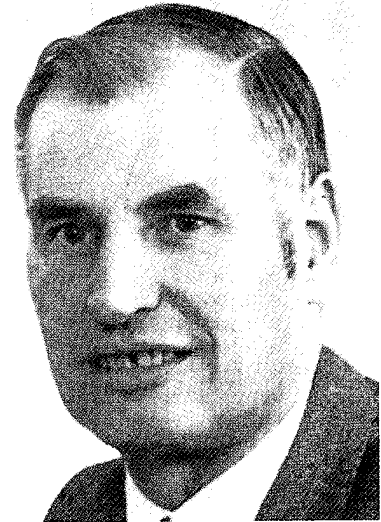
## Porträt der Woche

*Er strebt nicht nach einer politischen oder parlamentarischen Karriere, noch will er als großer Debattenredner auftreten und Schlagzeilen machen. Karl Knipschild aus dem sauerländischen Schmollenberg möchte Mittler, Makler sein zwischen den Bürgern und „denen da oben“. Nicht nur für den mit einem hohen Vorsprung direkt gewählten Parlamentarier des Wahlkreises Meschede-Wittgenstein ist diese selbstgewählte Funktion eine sehr wichtige Aufgabe. „Man erlebt in vielen Gesprächen, daß sich der Staat sehr weit vom Bürger entfernt hat.“ Zu sehr werde er von Gesetzen, Erlassen und Vorschriften gängelt. Folgen seien die zunehmende Parteien- und Staatsverdrossenheit. Es müsse ein „Umdenken“ bei den Politikern einsetzen.*

*Dem nach der Landtagswahl im Mai letzten Jahres erstmals in das Düsseldorf Parlament gekommenen Parlamentarier fällt diese Mittlerrolle nicht schwer, ist der heute 46jährige doch selbst ein „Mann aus dem Volk“. Als ältester von sieben Geschwistern arbeitete Karl Knipschild schon früh im elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb, der noch unmittelbar vor Kriegsende zerstört worden war. Schon bald schloß er sich der katholischen Landjugendbewegung an und wurde später deren Diözesanreferent im Erzbistum Paderborn. Das kleine bäuerliche Anwesen betrieb er als Nebentätigkeit. Heute ist er Verkaufsberater eines Großunternehmens für die Landwirtschaft.*

*Das Interesse an der Politik fand Karl Knipschild über die Landjugendbewegung. So trat er 1964 in die Christlich-Demokratische Union ein und wurde noch im selben Jahr in den Rat der ehemaligen Gemeinde Bödefeld-Land gewählt. Lange Jahre war er dann Bürgermeister, auch Amtsbürgermeister. Der erfahrene Kommunalpolitiker gehört heute noch dem Fredeburger Stadtrat an. Die enge Verknüpfung zwischen Landes- und Kommunalpolitik bewogen den CDU-Politiker, sich in seiner Partei um die Kandidatur für den Landtag zu bewerben, wo er sich dann gegen zwei Mitkonkurrenten durchsetzte.*

*Als „Neuling“ berief die CDU-Landtagsfraktion den Mann mit stark ausgeprägtem sozialen Empfinden in den Petitionsausschuß sowie als stellvertretendes Mitglied in mehrere weitere Ausschüsse des Landesparlamentes. Gerade im Petitionsausschuß sieht Karl Knip-*



Karl Knipschild (CDU)

*schild die Chance, Bürgern zu helfen und ihr Ansprechpartner zu sein. Er kann zuhören, er toleriert die Meinung des anderen, wägt sie ab, hält die eigene Auffassung dagegen und ist bereit sie zu ändern, wenn sein Gegenüber ihn überzeugt hat.*

*Nach seiner Meinung müßte der Abgeordnete überhaupt „mehr Zeit“ haben für den Wähler, und auch kein nur „vorgekästertes Interesse“. Für den Sauerländer aus Westernbödefeld gibt es zwei „Kategorien“ von Politikern: Die einen, welche die großen Leitlinien abstecken, und jene, die für den Bürger „greifbar nahe“ sind. „Man wundert sich, welche persönliche Schicksale da verborgen sind“, berichtet der Abgeordnete, der letztere Aufgabe sehr ernst nimmt. Das Mandat ist denn auch für ihn ein Auftrag, „den man nicht mit der linken Hand erledigen kann“. Politik für den Bürger ist aber nach seiner Auffassung nicht nur eine mühevollen Arbeit, sondern macht im Grunde auch viel Freude. Dieser schon als Kommunalpolitiker praktizierte Kontakt hat ihm Sympathien bei der Bevölkerung und Anerkennung bei seinen Parlamentskollegen gebracht.*

*Mit Sorge begleitet der Kommunalpolitiker Knipschild die finanzielle Talfahrt der Städte und Gemeinden. Die Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben sei bei zurückgehenden kommunalen Einnahmen und Landeszuweisungen nicht mehr gesichert. Die leider einseitige Sparpolitik des Landes zu Lasten der Kommunen beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit der Städte und Gemeinden kurz- und langfristig.*

*Der Familienvater von drei Kindern ist in seiner Freizeit noch aktiver Tischtennisspieler. Sein „Hobby“ gilt aber auch dem eigenen Wald, wo er eigenhändig neue Bäume setzt, mit Axt und Säge unterwegs ist.*

Jochen Juretko